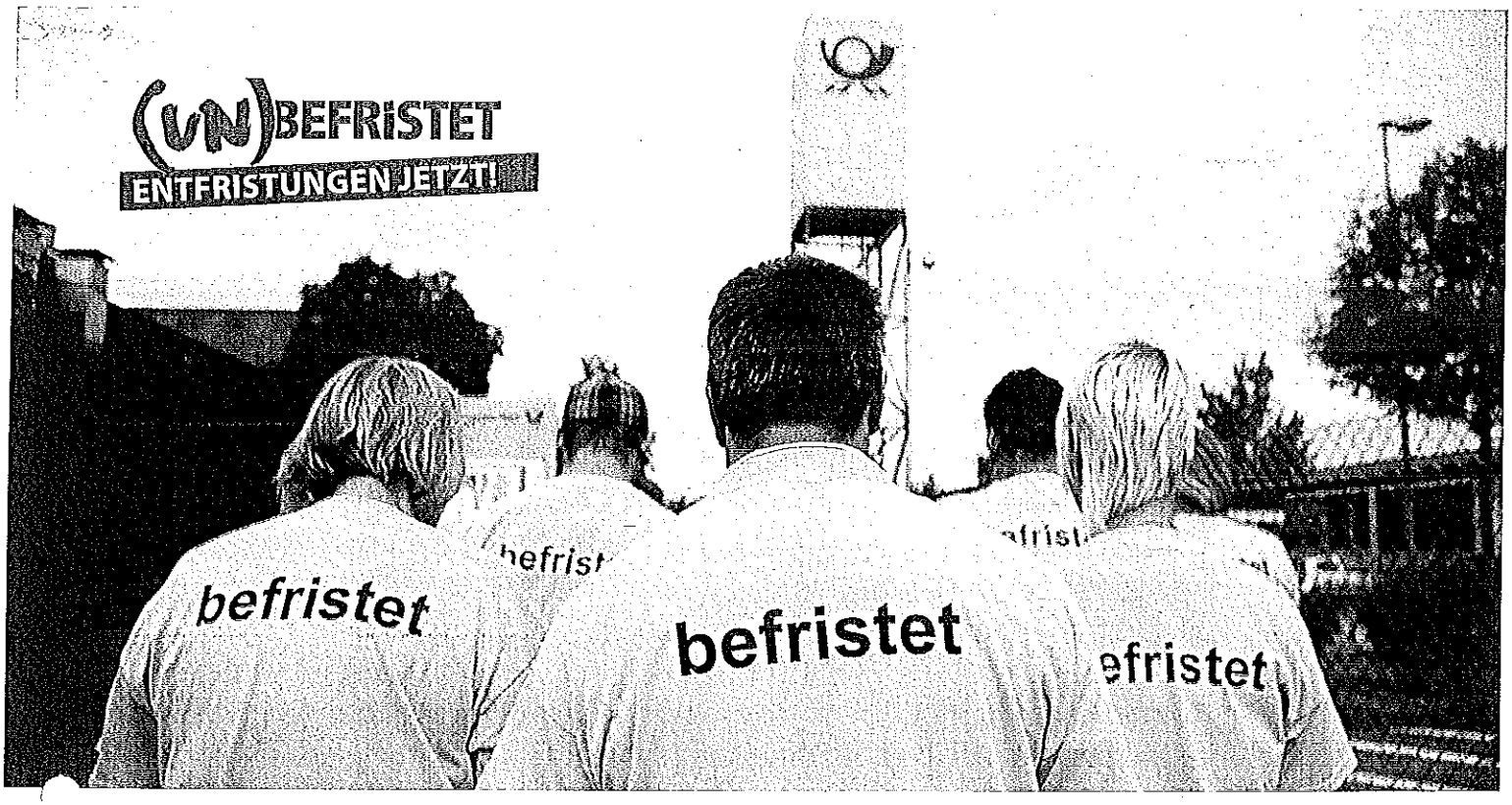

Resolution zur Befristungspolitik bei der Deutschen Post AG

Seit Monaten kritisiert ver.di die Befristungspolitik der Deutschen Post AG. Nachdem im Zuge der Privatisierung ab 1989 über rund zwei Jahrzehnte hinweg Arbeitsplätze im sechsstelligen Bereich abgebaut werden mussten und es zugleich große Sorge über die Zukunft des durch die elektronische Substitution zurückgehenden Briefmarktes gab, hat sich die Situation auf dem Postmarkt inzwischen geändert. Der Paketmarkt verzeichnet ein nachhaltiges Wachstum. Dies führt dazu, dass die Deutsche Post AG seit geraumer Zeit Beschäftigung aufbaut.

Der Beschäftigungsaufbau erfolgt allerdings praktisch ausschließlich über befristete Beschäftigungsverhältnisse. Diese werden nach zwei Jahren der sachgrundlosen Befristung nicht in unbefristete Arbeitsverhältnisse umgewandelt, sondern es schließt

ver.di

www.psl.verdi.de

sich eine Vielzahl von Sachgrundbefristungen an. Beschäftigte mit zehn, zwanzig oder gar deutlich über fünfzig befristeten Arbeitsverträgen sind nicht die Ausnahme sondern inzwischen systemisches Prinzip.

Von den insgesamt rund 131 000 im Produktivbereich tätigen Beschäftigten haben knapp 24 000 Beschäftigte ein befristetes Arbeitsverhältnis. Das entspricht einem Anteil von 18 Prozent. Ein Aufbau von Beschäftigung allein durch unsichere und damit prekäre Beschäftigungsverhältnisse ist aus Sicht der Gewerkschaft ver.di kein zielführender Weg. Und zwar weder aus der individuellen Sicht der betroffenen Beschäftigten, noch aus der betriebswirtschaftlichen Sicht des Unternehmens und ebenso wenig aus der volkswirtschaftlichen und gesellschaftspolitischen Perspektive.

Dass es einem Unternehmen möglich ist, dauerhaft mit einer fünfstelligen Zahl befristeter Beschäftigter zu arbeiten, liegt nach unseren praktischen rechtlichen Erfahrungen auch an den bestehenden Regelungen des Teilzeit- und Befristungsgesetz. Einem solchermaßen systematischen Rechtsmissbrauch sollte durch den Gesetzgeber ein Riegel vorgeschoben werden. Die Möglichkeiten der sachgrundlosen Befristung und von jahrelangen „Kettenverträgen" bei Sachgründen müssen abgeschafft werden.

Wir bitten Sie hierbei um Ihre Unterstützung!

V.i.S.d.P.: ver.di Bundesvorstand, Fachbereich Postdienste, Speditionen und Logistik, Paula-Thiede-Ufer 10,10179 Berlin, Andrea Kocsis. Foto: Christian von Polentz